



Leitantrag zum Landesparteitag

***"Die WerteUnion NRW sieht Bildung
als Fundament für Leistung, Freiheit und Zukunft."***

Beschlussantrag:

Der Parteitag möge beschließen,
den Bereich Bildung als zentrales Thema
in seiner politischen Arbeit und Kommunikation zu etablieren
und dabei nachstehende Kernthesen zugrunde zu legen.

Aktuelle Situation

Nordrhein-Westfalen und Deutschland sind mit einer tiefgreifenden Bildungskrise konfrontiert. Die jüngsten Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien - von PISA 2022 bis IQB-Bildungstrends 2024 - belegen einen alarmierenden Leistungsabfall unserer Schülerinnen und Schüler in zentralen Kompetenzen wie Mathematik, Naturwissenschaften und Leseverständnis. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die individuellen Lebenswege unserer Kinder, sondern auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes als Wirtschafts- und Innovationsstandort.

Die WerteUnion ist überzeugt, dass eine konsequente Rückbesinnung auf das Leistungsprinzip, die gezielte Förderung von Talenten und die Vermittlung praktischer Kompetenzen der einzige Weg sind, um dieser Krise zu begegnen und Deutschland wieder an die Spitze zu führen. Wir verstehen Bildung als das entscheidende Fundament für eine starke Gesellschaft, in der Leistung sich lohnt und Freiheit gedeihen kann.

Bildungspolitik ist Ländersache. Die WerteUnion NRW sieht sich als größter Landesverband in der Verantwortung, dieses wichtige Thema beispielgebend in den Fokus ihres politischen Handelns zu stellen.

Familie und frühe Förderung

Kinder sind unsere Zukunft. Eltern haben insbesondere in den ersten drei Lebensjahren den größten Einfluss auf die Entwicklung ihrer Kinder und prägen deren weiteren Lebensweg entscheidend. Gerade in dieser frühen Phase benötigen Kinder stabile emotionale Bindungen, um später gute Bildungsergebnisse erzielen zu können. Der Mensch ist ein soziales Wesen; tragfähige Bindungen sind eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Bildungsbiografien.

Deshalb müssen Bildungsangebote für Eltern in den Bereichen frühkindlicher Förderung und Erziehung von Anfang an verstärkt angeboten werden. Zentrale Themen sollten dabei Ernährung, Gesundheit, Sprache, Medienkompetenz, Fördermöglichkeiten und Hilfe in Erziehungsfragen sein und zwar lebensbegleitend.

Gleichzeitig braucht es verlässliche Betreuungsangebote, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Kindertagesstätten sowie erweiterte Öffnungszeiten in Schulen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Diese Angebote dürfen jedoch nicht den elterlichen Erziehungsauftrag ersetzen, sondern müssen ihn ergänzen.

Eltern benötigen insbesondere in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder eine verlässliche finanzielle Absicherung. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen eigener Betreuung und früher Rückkehr in den Beruf.

Verlässliche Bildungs- und Betreuungsstrukturen

Verlässliche Strukturen geben Eltern Sicherheit im Berufsleben und sind Voraussetzung für gute Bildung. Frühkindliche Bildungseinrichtungen ergänzen den Erziehungsauftrag der Eltern. Der Fokus muss dabei auf Sprachförderung, Entwicklung und Integration liegen.

Sprachförderangebote, einschließlich logopädischer Unterstützung, sind frühzeitig auszubauen. Kinder ohne Kita-Besuch sollen ab dem vierten Lebensjahr verpflichtend an Sprachstandserhebungen teilnehmen. Darauf aufbauend müssen verbindliche Fördermaßnahmen bis zum Schuleintritt erfolgen, damit kein Kind ohne ausreichende Sprachkenntnisse eingeschult wird. Jedes Kind muss beim Eintritt in die Regelklasse über ausreichend sprachliche Fähigkeiten und Deutschkenntnisse verfügen.

Schuleingangsuntersuchungen sind konsequent zu nutzen, um Entwicklungsdefizite frühzeitig zu erkennen. Daraus müssen verbindliche Förderprogramme folgen, etwa bei motorischen, gesundheitlichen oder ernährungsbedingten Auffälligkeiten. Für Kinder, die mit sechs Jahren noch nicht schulreif sind, müssen Vorschulklassen eingerichtet werden, um deren Defizite vor dem Start in die Grundschule zu minimieren.

Personal und Qualität

Hochwertige Bildung erfordert qualifiziertes Personal. Lehrkräfte und Erzieher benötigen verpflichtende Fortbildungen, die möglichst unterrichtsbegleitend organisiert werden, ohne zusätzlichen Unterrichtsausfall zu verursachen. Damit das ohne Unterrichtsausfall gelingen kann, muss es zusätzliche Personalressourcen geben, um Lehrkräfte freizusetzen und deren Ausfall vollständig zu ersetzen.

Der Einsatz von Seiteneinsteigern darf nicht zu Lasten der Unterrichtsqualität gehen. Eine qualifizierte berufsbegleitende Lehrerbildung erfordert zusätzliche Personalressourcen an den Ausbildungsschulen, um die Ausbildungszeiten zu kompensieren. Auch Betreuungspersonal muss durch die Trägerorganisationen gezielt für seine Aufgaben qualifiziert werden.

Bildung als Kernauftrag der Schule

Es ist ein falsches bildungspolitisches Signal, wenn ideologisch geprägte Projekte (z.B. Sexualität der Vielfalt, Angebote zum Coming out in der Schule, Drag-Queens im Unterricht) Unterrichtszeit verbrauchen und dies oft ohne Zustimmung der Eltern geschieht, während grundlegende Bildungsaufgaben vernachlässigt werden. So bleibt oftmals auch der Schwimmunterricht oder der Musikunterricht auf der Strecke.

Kinder und Eltern brauchen von Beginn an eine klare Rückmeldung über den schulischen Leistungsstand. Daher sind Noten ab der ersten Klasse wieder einzuführen. Lehrkräfte benötigen hierfür rechtliche Sicherheit und Rückhalt.

Zur Allgemeinbildung gehören in der Grundschule die Lernbereiche Lesen, Schreiben, Rechnen, Naturwissenschaften, Musik, Kunst, Sport, Schwimmen, gesunde Ernährung, Medienkompetenz sowie Heimatkunde. Schulen müssen zudem Werte vermitteln und Intoleranz, Mobbing, Hass und Hetze entgegenwirken.

Transparenz bei der Anforderung und Entwicklung von Schulbüchern und Bildungsinhalten ist sicherzustellen. Externe Prüfverfahren sind zu reduzieren und wieder stärker staatlich zu verantworten. In der dritten Klasse sind verbindliche Lese- und Schreibtests einzuführen. Die Zeit vor dem Übergang in die fünfte Klasse markiert die letzte entscheidende Phase zum sicheren Erwerb dieser Kompetenzen. Ziel ist es, funktionalen Analphabetismus frühzeitig zu verhindern.

Schulstruktur und Leistungsförderung

Nach der vierten Klasse ist die Schullaufbahn differenziert fortzuführen. Schulleistungen müssen verbindlicher werden und dürfen nur durch objektive Tests korrigiert werden. Gleichzeitig bleibt die Durchlässigkeit zwischen Schulformen erhalten.

Neben Förderschulen sind auch Angebote für besonders begabte Kinder auszubauen. Leistung und Exzellenz müssen wieder stärker anerkannt und gefördert werden.

Ein Wechsel zwischen Schulformen muss insbesondere in den Jahrgangsstufen 5 und 6 möglich bleiben. Gleichzeitig sind belastbare Bildungsstatistiken aufzubauen, die Bildungswege und Erfolge nachvollziehbar machen. Dieser Aufbau ist von zusätzlichem Personal zu leisten, um die Lehrkräfte nicht mit Bürokratie zu belasten.

Bewegung, Gesundheit und Kultur

Ergänzend zum leistungsbezogenen Sportunterricht sollte ein täglich integrierter, kindgerechter Bewegungsausgleich in kurzen und längeren Einheiten, gerade in den Pausen, verankert werden. So wird dem natürlichen Bewegungsdrang gerecht, Bewegungsmangel entgegengewirkt und die motorische wie gesundheitliche Entwicklung der Kinder gefördert.

Kulturelle Bildung ist zu stärken. Musikschulen, Programme wie die „SingPause“ sowie Angebote in Kunst, Theater und Sport sind auszubauen. Singen und Musizieren fördern Sprache, Persönlichkeitsentwicklung und soziale Kompetenzen.

Digitalisierung und Medienkompetenz

Digitale Bildung und digitaler Unterricht sind altersentsprechend notwendig, um Selbstlernprogramme und individuelle Lernwege sinnvoll zu nutzen. Erfahrungen zeigen jedoch, dass solche Angebote den Lehrer weder ersetzen noch überflüssig machen. Der Lehrer bleibt als Ansprechpartner, Begleiter und pädagogische Bezugsperson unverzichtbar, besonders in heterogenen und leistungsschwächeren Klassen, für neu Zugewanderte und für Kinder mit geringer digitaler Ausstattung.

Digitale Medien sollen ergänzen, individualisieren und entlasten, aber nie die persönliche Lernbegleitung durch die Lehrkraft ersetzen. Die Medienkompetenz der Schüler muss gestärkt werden. Gleichzeitig ist ein Handyverbot während der Schulzeit einzuführen, um konzentriertes Lernen zu gewährleisten.

Sprache, Integration und Förderpflicht

Der herkunftssprachliche Ergänzungsunterricht ist zugunsten verstärkter Deutschförderung neu auszurichten. Sprachförderung ist der Schlüssel für erfolgreiche Teilhabe, Integration und Bildungserfolg. Kein Kind darf dauerhaft durch fehlende Sprachkenntnisse in seiner Entwicklung benachteiligt werden.

Bildungskrise und Verantwortung

Nordrhein-Westfalen und Deutschland befinden sich in einer andauernden Bildungskrise. Internationale Studien wie PISA und IQB zeigen deutliche Leistungsrückgänge in zentralen Kompetenzen. Diese Entwicklung gefährdet sowohl individuelle Lebenswege als auch die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Deshalb braucht es eine konsequente Rückbesinnung auf Leistung, Förderung von Talenten und praxisnahe Bildung. Föderale Bildungsstrukturen müssen vergleichbar und überprüfbar sein. Bildungsdaten sollen wissenschaftlich ausgewertet werden, um politische Entscheidungen evidenzbasiert zu treffen.

Die WerteUnion steht für eine Bildungspolitik, die Leistung fordert, Talente fördert und Werte vermittelt. Ziel ist ein Bildungssystem, das allen Kindern die bestmöglichen Chancen bietet und Deutschland zukunftsfähig macht.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Auch die Weiterbildungseinrichtungen, insbesondere die Volkshochschulen mit ihrem vielfältigen Angebot, müssen verlässlich ausgestattet und nachhaltig gefördert werden. So wird sichergestellt, dass alle Bevölkerungsgruppen Zugang zu aktueller Bildung haben und dauerhaft auf einem hohen Wissens- und Qualifikationsniveau bleiben.